

Demographischer Wandel und seine Folgen

Ehe und Familie
im Würgegriff
des Staates?

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren Union NRW Nr. 7

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Demographischer Wandel und seine Folgen

Ehe und Familie
im Würgegriff
des Staates?

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren Union NRW Nr. 7

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Herausgeber

Senioren Union der CDU Nordrhein-Westfalen · Heinz Soth · Landesgeschäftsführer
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf · Telefon (02 11) 1 36 00-0 · Telefax (02 11) 1 36 00-54
Internet: www.senioren-union-nrw.de · E-Mail: senioren@senioren-union-nrw.de

Fotos

Frank Schmidt, Hagen

Herstellung und Verlag

Satz:Repro-Druck · G. Neumann GmbH · Karlstraße 18 · 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon 0 23 68 / 98 59-0 · Telefax 0 23 68 / 98 59-20
ISDN.DFÜ 0 23 68 / 98 59-23 · E-Mail: satzreprodruck@satzreprodruck.de
1. Auflage, 5000/04/04

Inhalt

Leonhard Kuckart

Begrüßung **5**

Professor Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels OP

„Ehe und Familie im Würgegriff des Staates“

Zur Notwendigkeit einer familienfreundlichen Sozialpolitik **6**

Zur kritischen Lage von Ehe und Familie **6**

a) Krisenphänomene **6**

b) Ursachen und Gründe **8**

c) Demographische Folgen **10**

Leonhard Kuckart

„Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer 7. Veranstaltung in der Reihe Demographischer Wandel und seine Folgen. Die Senioren Union Nordrhein-Westfalen freut sich über Ihren Zuspruch. Bitte gestatten Sie mir, zwei Teilnehmer persönlich zu begrüßen, und zwar den Bundesvorsitzenden der Senioren



Union Deutschlands, Herrn Professor Dr. Dr. Wulff, und den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Herrn Wolfgang Jäger. Ich begrüße ganz herzlich auch die Vertreter der Medien.

Im Monat Juni 2002 erschien eine Ausgabe der Zeitschrift „Die neue Ordnung“, die vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg herausgegeben wird. Im Editorial dieser Ausgabe stehen unter der Überschrift „Anspruchsvoll – Verantwortunglos“ u. a. folgende Sätze: „Der Anspruch auf soziale Versorgung korrespondiert notwendig mit der individuellen Bereitschaft zur Wahrnehmung von Verantwortung. So fordert das Recht auf Gesundheit die Erfüllung der eigenen Pflicht, gesund zu leben. Das Recht auf Arbeit setzt immer auch die Pflicht voraus, selber zu arbeiten. Und der Rentenanspruch wird erst dann erfüllt, wenn genügend Familien neue Generationen hervorbringen. Ein schwieriger Lernprozess.

Dem Grundwert der personalen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit ohne den moralisches wie auch effizientes Handeln gar nicht möglich ist, entspricht das Prinzip der Subsidiarität. Die Anspruchsgesellschaft hat ihre Zukunft schon hinter sich. Der Weg zur Verantwortungsgesellschaft läuft auf eine neue Wertschätzung der Familie hinaus. Auf was sonst. Man wird ja noch hoffen dürfen“.

Geschrieben hat dieses Vorwort Herr Pater Professor Dr. Dr. Ockenfels, unser heutiger Referent, den ich ganz herzlich begrüße.

„Ehe und Familie im Würgegriff des Staates“ lautet das heutige Thema. Herr Professor Dr. Dr. Ockenfels, wir sind gespannt darauf, was Sie uns hier zu sagen haben.

Professor Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels OP

Ehe und Familie im Würgegriff des Staates?

Zur Notwendigkeit einer familien- freundlichen Sozialpolitik

Im Zentrum der Sozialpolitik muß künftig die Familienpolitik stehen. Diese Auffassung Johannes Pauls II. haben sich nun auch die deutschen Bischöfe zu eigen gemacht. Seit Jahren bereits haben sie sich ohne nennenswerten Erfolg für die Familienförderung eingesetzt.

„Das Soziale neu denken“ lautet der Titel eines Schreibens, das die Deutsche Bischofskonferenz kurz vor Weihnachten veröffentlicht hat. Es geht darin um einen Schwerkranken und schwierigen Patienten, nämlich den deutschen Sozialstaat. Der Patient könnte wieder auf die Beine kommen und laufen lernen, wenn er sich nach den Prinzipien der Katholischen Soziallehre verhalten würde. Vor allem nach dem Subsidiaritätsprinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Mit diesem Prinzip soll vor allem den Familien geholfen werden, die sich in einer ernststen Notlage befinden.



Zur kritischen Lage von Ehe und Familie

Wie kritisch die Lage von Ehe und Familie heute ist, geht aus einigen Fakten und Tendenzen hervor, die wir in Erinnerung rufen müssen:

a) Krisenphänomene

Gravierend sind folgende Krisenphänomene: Ehen werden heute seltener und später geschlossen – und früher geschieden. Die Zahl der Kinder nimmt insgesamt ab (1,3 Kinder pro Paar), relativ nimmt die

Zahl der unehelichen Kinder zu. In Deutschland wird ca. jede dritte Ehe geschieden. Immer mehr Haushalte stellen nichteheliche Lebensgemeinschaften dar. In den großen Städten dominieren inzwischen die Singles. Als neuester Trend zeigt sich, dass „emanzipierte“ Frauen, wenn sie Kinder haben wollen, bewußt auf die Gemeinschaft mit einem Ehemann und Vater verzichten. Meist können sie aber nicht berufstätig sein, so dass sie von der staatlichen Sozialhilfe abhängen. Der Staat tritt also hier in die Rolle des anonymen Ersatzvaters ein. Immerhin, hier werden wenigsten noch Kinder geboren, wenngleich diese einen Anspruch darauf haben, auch von ihrem Vater erzogen zu werden. Hierbei geht es nicht nur um Betreuung, sondern um Erziehung.

Freilich sind die massenhaften Abtreibungen immer noch das größte moralische und gesellschaftliche Problem. Der Staat hält sie zwar für rechtswidrig, läßt sie aber straffrei geschehen – und unterstützt sie auch noch finanziell mit erheblichen Beträgen (z.Zt. 35 Mill. Euro jährlich aus Steuermitteln). Als sei Schwangerschaft eine Krankheit. Leider haben sich auch kirchliche Kreise inzwischen an diesen Wahnsinn gewöhnt.

Wo der Staat durch sein Tun oder Unterlassen Ehe und Familie schädigt, untergräbt er seine eigene Existenz und verbaut sich seine eigene Zukunft. Darin sind wir schon sehr weit fortgeschritten. Ich möchte noch einige weitere Punkte aus dem ehe- und familienfeindlichen Sündenregister nennen, als da wären:

- die pornographischen und perversen Inhalte vieler Fernsehsendungen;
- die Entwertung ehelicher Liebe und Treue im schulischen Sexualkundeunterricht;
- die öffentliche Schamlosigkeit und der mangelnde Jugendschutz; – die Erleichterung der Ehescheidung;
- die Anerkennung der Prostitution als „normaler Beruf“; sowie – die staatliche Propaganda für Verhütungsmittel.

Ein eigenes Krisenkapitel bilden die gleichgeschlechtlichen Verhältnisse, die nun als „eingetragene Lebenspartnerschaft“ gesetzlich anerkannt sind. Sie nimmt ihr Maß an der Ehe, weshalb sie auch allgemein als „Homo-Ehe“ bezeichnet wird. Die „richtige“ Ehe, also das

Ehe-Original, wird dadurch entwertet, dass es mit seiner Karikatur weitgehend gleichgestellt werden soll. Welche Kosten da auf uns zukommen und von der Familienförderung abgezogen werden, ist bisher noch unklar. Man kann nur hoffen, dass die weitergehenden steuer- und sozialrechtlichen Teile dieses Projekts am Bundesrat scheitern werden. Denn es ist nicht nur aus christlicher Sicht höchst bedenklich. Entscheidend ist die moralische Signalwirkung, die von dieser Reform ausgeht, und die rechtliche „Leitkultur“, die durch sie geprägt wird. Der ohnehin krisenhaft erschütterte Sozialstaat unterstützt hier sexuelle Verhältnisse, die keinen generativen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, keine Alternative zu Ehe und Familie bilden und die weder förderungswürdig noch förderungsbedürftig sind.

Unser Grundgesetz schützt Ehe und Familie in besonderer Weise, weil es auch in moralischer Hinsicht vorzugswürdig ist. Denn von Ehe und Familie hängen Bestand und Wohl der Gesamtgesellschaft ab.

Die Krise der Ehe hängt zum großen Teil auch mit dem Kindermangel zusammen. Inzwischen gibt es immer mehr Ehen, die nie zu Familien heranwachsen, weil zwischen dem Kinderwunsch und der Anzahl der tatsächlich geborenen Kindern eine große Kluft herrscht. Denn der Schritt von der Ehe zur Familie ist mit mancherlei Risiken und Kosten verbunden, die der Staat nicht mittragen will, obwohl er dazu grundgesetzlich verpflichtet ist.

b) Ursachen und Gründe

Zu den vielen Gründen, die hierzulande zur Entwertung von Ehe und Familie geführt haben, zählt vor allem der sogenannte „Wertewandel“. Dieser hat durch seine Individualisierungstendenzen und Emanzipationsbestrebungen zur Krise fast sämtlicher Institutionen geführt, ausgenommen der Bereich von Freizeit, Spaß und Unterhaltung. Lustbetonte „Selbstverwirklichung“ ist das magische Stichwort der Gegenwart. Pflichten wahrzunehmen, Verzicht zu üben und Opfer zu bringen für ein größeres Ganzes, gelten als altmodisch und freiheitsberaubende Zumutung. So etwas erwartet man nur von Anderen: „Mir ist kein Opfer groß genug, das andere für mich bringen!“ Für sich selber beansprucht man nur Rechte, die andere verpflichten. Und wehe, wenn



Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von Professor Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels

andere ihre Pflichten nicht erfüllen. Es sind immer die anderen, die Verzicht üben und den „Gürtel enger schnallen“ sollen. Die reziproke Regel, wonach man das selber zu tun bereit sein sollte, was man von Anderen erwartet, findet kaum noch Anklang.

Dies hängt gewiss auch mit dem Rückgang der religiösen und kirchlichen Bindungen zusammen, und mit der Unfähigkeit, überhaupt noch langfristige, verlässliche, treue Bindungen einzugehen. Wir haben es tendenziell mit einem geistig-moralischen Nomadentum zu tun, mit einer entwurzelten Mobilität, die unsere gesamte Lebens- und Arbeitswelt, unseren modernen Lebensstil charakterisiert. Unter diesen Umständen grenzt es schon fast an ein Wunder, dass doch immer noch die große Mehrheit der Bevölkerung mehr oder weniger glücklich verheiratet ist und auch bereit ist, Kinder in dieser „modernen“ Welt aufzuziehen, auch wenn es mit Kosten und Mühen verbunden ist.

Aber viele Funktionen, die einst den Familien zustanden – wie etwa die Altersversorgung –, hat der Sozialstaat übernommen. Er hat sich dabei völlig übernommen, jedenfalls finanziell, ohne dabei die Familien nennenswert zu entlasten. Denn die Familien tragen immer noch die steuer- und abgabenpolitischen Hauptlasten für einen Sozialstaat, der die kinderlosen Ehepaare, die ehelosen Kinderpaare und die Singles mehr begünstigt als die kinderreichen Familien. Diese Familien erleiden eine dreifache Benachteiligung: Erstens haben sie ein wesentlich ge-

ringeres Einkommen, zweitens müssen sie dieses Einkommen noch durch X, d.h. die Anzahl der Kinder teilen – und erhalten drittens später eine wesentlich geringere Rente. Dafür aber haben sie die künftigen Beitragszahler hervorgebracht, die ihre Beiträge im anonymen Umlageverfahren nicht den eigenen Eltern zurückzahlen, sondern eben auch den Kinderlosen übermitteln. Diese zusammenhängenden Faktoren werfen die Frage nach der Generationengerechtigkeit auf und haben den Niedergang der Familien beschleunigt.

Doch die Gesellschaft scheint nicht an selbstkritischer Analyse interessiert zu sein, und die öffentliche Diskussion widmet sich jetzt eher den vordergründigen Fragen der Finanzierbarkeit von Rentenreform und Gesundheitssystem, statt sozialpolitische Gerechtigkeitsfragen zugunsten der Familien zu erörtern.

c) Demographische Folgen

Aber das demographische Problem drängt jetzt mit Gewalt darauf, auch unter familienpolitischen Aspekten diskutiert zu werden. Denn die sich abzeichnende demographische Katastrophe ist nichts anderes als eine Folge der Missachtung von Ehe und Familie. Ich möchte nicht so weit gehen zu behaupten, sie sei eine gerechte Strafe Gottes, die wir uns durch eigenes Tun und Lassen zugezogen haben. Wer kann das schon so genau wissen? Aber unserem Volk droht nach demographischen Prognosen das rapide Aussterben. Das statistische Bundesamt gab kürzlich bekannt, dass auch bei steigender Lebenserwartung und bei einer Zuwanderung von jährlich 200.000 Personen die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 um acht Millionen auf etwa 75 Millionen Menschen sinken wird.¹

Aus der Perspektive der Katholischen Weltkirche, die in ihrer zweitausendjährigen Geschichte viele Völker hat kommen und gehen sehen, ist es freilich nicht entscheidend, ob das deutsche Volk ausstirbt oder nicht. Diese Kirche ist schließlich keine National- oder Landeskirche, deren Heilserwartung mit der langfristigen Bestandserhaltung unseres Volkes verknüpft ist. Viel wichtiger ist die Frage der Bevölkerungsstruktur,

1 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.06.2003, 5.1.



Der Bundesvorsitzende der Senioren Union Professor Dr. Dr. Otto Wulff im Gespräch mit Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender der Senioren Union NRW.

wenn sich also der Anteil der Jüngeren erheblich reduziert und der der Älteren massiv erhöht. Und wenn immer weniger berufstaktive Beitragspflichtige für immer mehr bedürftige Empfänger Beiträge in das Sozialsystem zahlen müssen. Wir entwickeln uns in Deutschland zu einem großen Altenheim, dem dann auch noch die nötigen Pflegekräfte fehlen. Und vor allem das Geld, sie zu bezahlen.

Dies geschieht nicht nur durch die Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung, sondern vor allem durch die nachhaltig geringe Geburtenrate. Die sog. Reproduktionsgrundlage der Bevölkerung schrumpft unaufhörlich. Die Zahl der Frauen im „geburtensfähigen Alter“ sinkt von 20 Millionen im Jahr 2001 auf 14 Millionen im Jahr 2050. Dies führt dazu, dass im Jahr 2050 nicht einmal die Hälfte der Verstorbenen in einem Jahr durch Neugeborene ersetzt wird. Die Dramatik der Alterung unserer Gesellschaft zeigt sich vor allem darin, dass sich der Anteil der Achtzigjährigen und Älteren von gegenwärtig knapp vier Prozent der Bevölkerung auf zwölf Prozent im Jahr 2050 erhöhen wird.

Der Geburtenschwund führt dazu, daß wir mit wachsenden Generationenrivalitäten und sozialen Verteilungskämpfen zu rechnen haben, auch mit ethnisch-religiösen Konflikten (Integration der Einwanderer), auf die wir nicht vorbereitet sind. Schon jetzt bahnt sich ein Klassenkampf zwischen Alten und Jüngeren an. Von einigen Ökonomen sind die Älteren, die über 75jährigen, schon längst abgeschrieben worden: Für sie sollen die Krankenkassen nicht mehr kostspielige lebenserhaltende Behandlungen zahlen, sondern nur noch schmerzlindernde Mittel. Es gibt eine menschenverachtende Tendenz, das Lebensrecht und die medizinisch notwendige Betreuung an einer Altersgrenze festzumachen. Von hier aus ist der Schritt zur Euthanasie nicht mehr weit. Wenn unser Gesundheitssystem sparen muß, dann doch eher an der

Finanzierung der Abtreibung. Auch das Potenzmittel Viagra und anderen Lifestyle-Schnickschnack könnte man der Krankenkasse ersparen.

Kommen wir auf das anfangs erwähnte „Impulspapier“ der Bischöfe zurück. Hier findet sich das Eingeständnis, dass der deutsche Sozialstaat schon in seinen Grundlagen mit Fehlkonstruktionen behaftet war, die nachträglich zu korrigieren äußerst schwierig ist.

Diese Strickfehler liegen, kurz gesagt, in zwei strukturell wirksamen Faktoren: Erstens: Die jeweils aktuellen Ansprüche der Gesellschaft gehen auf Kosten der zukünftigen Generationen, was sich am Beispiel der maßlosen Verschuldung darlegen läßt, die eine schwere Hypothek für die Zukunft bedeutet. Und zweitens: Die Forderungen der machtvoll organisierten Interessengruppen behaupten sich gegenüber den legitimen, aber kaum organisierbaren Interessen, etwa der kinderreichen Familien. Hier muss sich die Kirche stark machen für die Schwachen, d.h. vor allem für die Familien mit ihren Kindern, die uns überhaupt erst eine Zukunft eröffnen. Damit nimmt die Kirche Partei für die Lebenschancen der Zukunft gegenüber einer gegenwartsbezogenen Anspruchsgesellschaft, die nach dem Motto lebt: nach uns die Sintflut. Unter diesen beiden Aspekten gerät die bisher strukturell benachteiligte Familie in den Mittelpunkt sozialpolitischer Aufmerksamkeit. Die Sanierung des Sozialstaats muß bei seinen Fundamenten beginnen, und das sind die Familien. Hierzu erwähnen die Bischöfe einen gravierenden Systemfehler unserer Sozialversicherungen, die nur die Risiken des Alt- und Krankwerdens, nicht aber die des Kinderkriegens absichern (wie es der ursprüngliche Schreiber-Höffner-Plan vorsah; doch Adenauer meinte: Kinder kriegen die Leute von allein). „Die solidarische Alterssicherung“, heißt es in dem Schreiben, „verteilt das Risiko der Versorgung im Alter auf alle Schultern, während die Lasten der Kindererziehung immer noch vor allem von den Eltern zu tragen



V.l.n.r.: Klaus Weber, Rudolf Preuß, Ernst Otto Löhmer



V.l.n.r.: Barbara Böving, Hanelore Schwab, Georg Schwab, Egon Mazoschek

sind. Dies hat neben anderen Gründen die Selbstverständlichkeit von Kindern und die Bereitschaft zum Kind geschwächt – und damit eines der bedeutsamsten Probleme des Sozialstaats durchaus befördert“. Mir scheint, dass hier die Bischöfe genau den Punkt getroffen haben, wo alle Reformbemühungen zur Rettung des Sozialstaats ansetzen müssen.

Reformen zum Umbau dieses Systems sind längst überfällig. Kinder, die an sich einen Reichtum ausmachen und unsere Zukunft sichern, bilden immer mehr ein Armutsrisiko. Über eineinhalb Millionen Kinder leben inzwischen von der Sozialhilfe. Der Staat tut entschieden zu wenig, um kinderreiche Familien zu entlasten. Er sollte aber zunächst einmal alles das unterlassen, was die Familien steuerlich und beitragsmäßig belastet. Als ob diese Familien nicht schon genug leisteten zur biologischen und kulturellen Regeneration unseres Volkes und seiner Zukunft. Aber dieser Staat scheint an seiner eigenen nachhaltigen Zukunftsfähigkeit nicht interessiert zu sein. Jedenfalls prämiert er eher die Singles und die verrückte „Homo-Ehe“, als dass er den Familien und ihren großen Leistungen Gerechtigkeit widerfahren ließe. Das wird sich einmal bitter rächen. Das Thema der Generationengerechtigkeit wird in einigen Jahren die Sozialagenda beherrschen. Die Familienproblematik bildet die neue soziale Frage. Hier hat unser Staat – auch schon unter den Regierungen der C-Parteien – ziemlich versagt. Wir müssen künftig die Familie als produktiven Arbeitsplatz wiederentdecken, der auch wirtschaftlich interessant ist.

Zurecht muss daher das solidarische Subsidiaritätsprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ herangezogen werden. Aber in Deutschland ist die Subsidiarität leider immer noch ein Fremdwort. Man verläßt sich lieber auf den „Vater Staat“, der zugunsten derjenigen Gruppen umverteilt, die am lautesten und am machtvollsten ihre Interessen zur Geltung bringen. Inzwischen sind wir beim völlig verschuldeten Wohlfahrtsstaat gelandet, der sich nicht auf die katholische Soziallehre berufen kann. Denn was

haben Zentralismus, mangelnde Eigenverantwortung und fehlende Leistungsgerechtigkeit mit dieser Lehre zu tun?

Das „Soziale“ muss bei uns neu buchstabiert werden, und zwar nach dem Alphabet der Subsidiarität. Hierzulande hat man dem Staat eine soziale Verantwortung aufgebürdet, die dieser gar nicht tragen kann. Vor allem dann nicht, wenn die Familien auseinanderfallen und ihre ökonomischen Grundlagen wegrutschen. Die subsidiäre „Hilfe zur Selbsthilfe“ verwirklicht sich zunächst und am besten in den Familien, die unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft tragen.

In welche Zukunft sie uns tragen, ist ziemlich ungewiss. Doch als Christen dürfen wir auf die Selbstheilungskräfte hoffen, die in Ehe und Familie naturgemäß und gnadenhaft wirksam sind. Die Ehe ist ein christliches Sakrament und mit der Familie schon in der Schöpfungsordnung gegründet. Ehe und Familie waren schon vor dem Staat da und werden ihn auch dann überleben, wenn er sie ausgebeutet und in seinen Würgegriff genommen hat.

